

Bundeshauptversammlung 2011

„NAV-Virchow-Bund muss sich auf harte politische Kämpfe einstellen“

Auf der diesjährigen Bundeshauptversammlung warnte der Leiter des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin (äzq), Prof. Dr. Dr. Günter Ollenschläger, vor Qualitätssiegeln aus der Beratungsindustrie. Der Bundesvorsitzende Dr. Dirk Heinrich gab einen Ausblick auf die kommenden politischen Auseinandersetzungen und Prof. Dr. Dr. Rainer Rix wurde mit der Kaspar-Roos-Medaille geehrt.

Zum Auftakt der Versammlung sprach Prof. Benjamin-Immanuel Hoff (Die Linke), Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheits- und Verbraucherschutz, im Auftrag des Berliner Regierenden Bürgermeisters ein Grußwort. Darin stellte Hoff die Chancen der Neuen Medien für die Arzt-Patienten-Beziehung heraus. Über das Aufeinandertreffen von Laien und Professionellen im Internet könne ein Diskurs vorangebracht werden, der auf beiden Seiten zu mehr Vertrauen führen könne.

Einheitliche Ärzteschaft gefordert

Der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, begrüßte die



Gut gelaunter Gast der Bundeshauptversammlung auch in diesem Jahr: der neue Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery.



Alle Fotos: © A. Weggenik, NAV-Virchow-Bund

Kämpferische Zeiten voraus: Dr. Dirk Heinrich stellte die Delegierten auf eine mögliche rot-grüne Bundesregierung ab 2013 ein.

Delegierten des NAV-Virchow-Bundes ebenfalls mit einer kurzen Ansprache. Er würdigte zunächst die Verdienste des kürzlich verstorbenen Prof. Dr. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe und bat die Anwesenden um ein kurzes gemeinsames Gedenken.

Montgomery kündigte für seine Amtszeit als Präsident der Bundesärztekammer an, sich für die Einheit der Ärzte einzusetzen. Er wolle zusammenführend wirken und für ein Mehr an Miteinander sorgen. „Ich kann zwar spalten und Fronten aufbauen, ich kann aber auch Präsident“, sagte er. So werde es künftig nicht beim einmal im Jahr stattfindenden Deutschen Ärztetag bleiben. Er wolle Ärztetreffen dreimal im Jahr veranstalten, um so die Diskussion unter den Ärzten zu befördern. Dr. Klaus Reinhardt, der als neuer Vorsitzender des Hartmannbundes ebenfalls ein Grußwort sprach, betonte, dass das einheitliche Auftreten der Ärzte dringend nötig sei. Wenn Montgomery seine Ankündigung dazu wahr machen sollte, so der neue Vorsitzende des Hartmannbundes, wäre das ein gern gesehener Paradigmenwechsel.

Qualität als Markenzeichen

Auf Einladung des Vorstandes hielt Prof. Günter Ollenschläger, Leiter des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin (äzq),



Unterstrich die Bedeutung der Qualität in der ärztlichen Praxis: Prof. Günter Ollenschläger (l.) mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dr. Veit Wambach.

einen Impulsvortrag zum Qualitätsmanagement in der Medizin. Ollenschläger machte darauf aufmerksam, dass viele niedergelassene Ärzte das Qualitätsmanage-

ment als Teil ihrer Marketingbemühungen ansehen. Im Rahmen dieser Ausgangslage gebe es eine verwirrend große Zahl an Qualitätszertifikaten und -siegeln, von denen



Auszeichnung für Verdienste um die Ärzteschaft: Prof. Rainer Rix erhielt die Kaspar-Roos-Medaille (2.v.r.).

vor allem Berater und die Zertifizierungsindustrie ihre Vorteile zögen. Man solle sich deshalb bei der Zertifizierung seiner Praxis an Verfahren orientieren, die von Ärzteverbänden durchgeführt werden.

In der anschließenden Diskussion betonten einige Delegierte, dass manche Patienten von sich aus nach den Qualitätszertifikaten fragten. Ob mit einem solchen Siegel überhaupt eine Aussage über die Qualität der Praxis getroffen werden könne, wurde aber bezweifelt. Kritisiert wurden auch die zahlreichen Arztbewertungsportale im Internet, die Ollenschläger angesprochen hatte. Dazu äußerte auch Dr. Dirk Heinrich seine klare Meinung: „Dieses Problem wäre ganz einfach zu lösen – es bräuchten sich nur alle Ärzte aus den Verzeichnissen streichen lassen.“

Freier Berufsstand in Gefahr

In seinem Bericht zur Lage rief der Bundesvorsitzende die Delegierten dazu auf, sich auf harte politische Kämpfe vorzubereiten. Bei einem Regierungswechsel in zwei Jahren kämen auf die Ärzteschaft massive strukturelle Änderungen zu, gegen die man sich heute schon wappnen müsse.

Konkret nannte Heinrich die Pläne von Grünen und SPD, bei einer Regierungsübernahme im Bund die Bürgerversicherung einzuführen. Das würde die Abschaffung der GOÄ und im ungünstigsten Fall eine Anpassung der PKV-Gebühren auf GKV-Niveau bedeuten. Außerdem sei eine Gewerbesteuer für Ärzte im Gespräch und

daraus folgend dann auch eine Umsatzsteuerpflicht. Heinrich erwarte, abgesehen vom Patientenrechtegesetz, für die kommenden beiden Jahre keine großen gesundheitspolitischen Reformen mehr, weil der Bundestagswahlkampf 2013 bevorstehe. Deshalb forderte er die Delegierten auf, heute schon tief durchzuatmen und sich für die Konflikte ab 2013 zu wappnen. Der NAV-Virchow-Bund müsse sich kampff- und konfliktfähig zeigen. Käme es tatsächlich zu einer rot-grünen Regierung, wäre der freie Berufsstand der Ärzte in Gefahr, prognostizierte Heinrich.

Ähnlich düster malte der Bundesvorsitzende die Zukunft der Ärzteschaft, falls das am Bundesgerichtshof anhängende Verfahren zum Verhältnis von Ärzten und Krankenkassen zu Ungunsten der Ärzte ausginge. Dort werde derzeit darüber entschieden, ob niedergelassene Vertragsärzte der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als „Beauftragte der Krankenkassen“ anzusehen seien und somit wegen Untreue angeklagt werden können. Falls das Gericht diese Frage bejahe, werde der Praxisarzt zum Quasi-Angestellten der Krankenkassen. „Dieser Spagat ist nicht zu machen“, erklärte Heinrich, „das wäre das Ende einer freien Berufsausübung.“



Gespannte Aufmerksamkeit im Auditorium: Delegierte der Bundeshauptversammlung.

Heinrich postulierte, dass sich in diesem Fall ein neues Berufsbild etablieren würde: der „Freie niedergelassene Arzt“, der vormittags Kassenpatienten behandelt und nachmittags nur noch Privatpatienten. Eine solche Entwicklung wäre ein berufspolitischer Paradigmenwechsel, erklärte der Bundesvorsitzende.

In Bezug auf das Versorgungsstrukturgesetz, von dem er erwartet, dass es wie geplant zum 1. 1. 2012 in Kraft treten werde, sprach Heinrich auch die neuen Regelungen zur Bedarfsplanung an. Hier forderte er, künftig auch die kleinen, bisher nicht budgetierten Facharztgruppen in die Bedarfsplanung aufzunehmen. Es könne nicht sein, dass sich zum Beispiel in Hamburg Dutzende Nuklearmediziner neu niederließen und ihre Leistungen ungedeckt abrechnen könnten, die dann aus dem allgemeinen Facharzttopf gezahlt werden müssten.



Neuwahl in den Bundesvorstand: Dr. Nikolaus Rauber.

In seiner Rede und während der folgenden Diskussion äußerte sich Heinrich auch ausführlich zur ambulanten spezialärztlichen Versorgung (ASV). Er halte die ASV für eine klassische Win-win-Situation, sagte er. In jeder Veränderung stecke auch eine Chance und die sollten die Ärzte in dieser Frage nutzen. Die von manchen geäußerte Befürchtung, dass die ASV den niedergelassenen Fachärzten die Patienten abgrabe, teile er nicht. Die Kliniken seien dazu schon rein personell gar nicht in der Lage, wie man im Bereich der Onkologie sehen könne.

In der Debatte nach der Rede des Bundesvorsitzenden wurde neben der ASV und dem Verbandsnachwuchs auch über die politische Schlagkraft des Verbandes diskutiert. Eine Delegierte machte sich dabei dafür stark, intensiver mit dem Hartmannbund zusammenzuarbeiten und perspektivisch darauf hinzuwirken, mit dem Hartmannbund zu einem gemeinsamen Verband zu fusionieren. Obwohl es aus dem Plenum laute Widerworte gegen den Vorschlag gab, erhielt die Rednerin auch Applaus aus den Reihen der Delegierten.

Sten Beneke

änd